

CDU-News aus dem Bonner Rathaus



Zukunft der Bonner Bäderlandschaft – Bürgervotum eindeutig

Auf Initiative der Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde in einer repräsentativen Erhebung die Meinung der Bonner Bürgerinnen und Bürger zur Fortentwicklung der Bonner Bäderlandschaft abgefragt.

Mit einem methodisch fundierten Verfahren, das so erstmals in Bonn praktiziert wurde und an dessen Repräsentativität und damit an seiner Aussagekraft keine Zweifel bestehen, hat die Politik jetzt ein Meinungsbild, das für eine sachgerechte Entscheidung zur Zukunft der Bonner Bäderlandschaft notwendig ist.

Das Ergebnis liegt nun vor, es gibt eine eindeutige Mehrheit für das Veränderungsmodell. **Bei der Frage nach der Priorität der zu sanierenden Hallenbäder bzw. zur Disposition zu stellenden Bädern, gibt es eine klare Reihenfolge:**

1. Kurfürstenbad, 2. Beueler Bütt, 3. Frankenbad und 4. Hardtbergbad.

Was heißt dies jetzt für das weitere Verfahren? "Wir respektieren die Meinung der Bürgerinnen und Bürger. Aber wir müssen bei der Umsetzung sensibel vorgehen", erklären der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion **Dr. Klaus-Peter Gilles** und der Fraktionssprecher von Bündnis 90/GRÜNE **Peter Finger**.

In der Konsequenz bedeutet dies zunächst, dass die Eintrittspreise nicht erhöht werden und dennoch mit der Sanierung der Hallenbäder begonnen werden kann. Für das Kurfürstenbad werden keine Sanierungsmittel mehr aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt. Zur sofortigen Schließung des Kurfürstenbades wird es nicht kommen, da es während der vermutlich dreijährigen

Sanierung des Frankenbades in der Bauzeit, als Ausweichbad benötigt und so lange unterhalten wird.

„Das Kurfürstenbad mit einem großen Saunabereich und ausbaufähigem Wellnessteil wird während dieser Zeit ausgeschrieben und soll vermarktet werden, damit es dann nicht mehr in städtischer Trägerschaft geführt wird“, erklären die beiden weiter. „Ziel ist es jedoch, das Bad in privater Trägerschaft zu erhalten.“

Dem Vorschlag des OB zur Schließung des Hardtberger Kombibades, des Friesdorfer Freibades und des Melbbades haben die Bürgerinnen und Bürger eine klare Absage erteilt; dieser Vorschlag ist damit vom Tisch. Zudem war bereits vorher klar, dass alle anderen Bonner Freibäder erhalten bleiben und dadurch für die kommenden Jahre Planungssicherheit besteht.

Das von der deutlichen Mehrheit der Bonner Bürgerinnen und Bürger präferierte Veränderungsmodell bedeutet auch, dass drei Bäder jetzt deutlich durch Sanierung aufgewertet werden sollen. Insbesondere jüngere Menschen haben sich dafür ausgesprochen, eine andere, aber attraktivere Bäderlandschaft in Bonn zu haben. Der Ratsbeschluss soll in der letzten Sitzung vor der Sommerpause am 18. Juli 2013 gefasst werden: Damit kommen wir dem Befragungsergebnis nach.

„Wir sind sehr gespannt, wie die anderen Fraktionen im Bonner Stadtrat auf das Ergebnis der Bürgerbefragung reagieren werden., nachdem sich der Vorschlag der SPD-Fraktion, einer unter dem Dach der Stadtwerke angesiedelten „Bäder GmbH“, durch die ablehnende Stellungnahme der Stadtwerke fachlich erledigt hat.“

Mehr auf Seite 3 dieses Newsletters!

Unsere Themen:

- > Zukunft Bäderlandschaft nach Bürgervotum
- > Ausschreibung Fahrradverleihsystem
- > Sozialticket ist benutzerfreundlich
- > Mehr Infos zur Bäderbefragung
- > Beschlüsse Wirtschaftsausschuss
- > EU-Roaminggebühren

Für Bonn am 22.09. in den Bundestag wählen



Ausschreibung Fahrradverleihsystem für Bonn



Nächster Meilenstein bei der Fahrrad-Hauptstadt - Ausschreibung des Fahrradverleihsystems soll endlich starten

Stationen werden von Anfang an stadtweit benötigt - Koalition verbessert Verwaltungsvorschlag

Die Stadtverwaltung hat nun nach monatelanger reiflicher Prüfung der rechtlichen und fachlichen Kriterien dem Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz für die Sitzung am 04.07.2013 einen Vorschlag unterbreitet, um die Ausschreibung des Fahrradverleihsystems für die Stadt Bonn zu starten. Die schwarz-grüne Ratskoalition kann daher mit einiger Freude zur Kenntnis nehmen, dass es bei diesem



Thema nach so langer Zeit jetzt doch endlich in Mini-Schritten voran geht. Gleichzeitig fordern wir aber deutlich mehr als der OB in seinem Verwaltungsvorschlag vorgelegt hat.

Wilfried Reischl (verkehrspolitischer Obmann, CDU) und **Rolf Beu** (verkehrspolitischer Sprecher und Ausschussvorsitzender, Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

„Nachdem wir die Einführung eines Fahrradverleihsystems für Bonn bereits mehrfach beschlossen und die Umsetzung gebetsmühlenhaft bei der Verwaltung von OB Nimptsch (SPD) eingefordert haben, sind wir froh, dass nun die Ausschreibung endlich starten kann. Um das Fahrradverleihsystem von Anfang an erfolgreich starten zu können, bedarf es aber mehr als das von der

Verwaltung vorgeschlagene Klein-Klein. So sehen wir es als unverzichtbar an, dass sich die Stationen von Anfang an stadtweit in allen Ortsteilzentren und an allen Bahnhöfen und DB-Haltepunkten befinden werden. Dies haben wir in verschiedenen Gremien auch bereits mehrfach beschlossen und erwarten von der Verwaltung, dass diese Beschlüsse auch in der Ausschreibung berücksichtigt werden.

Um erfolgreich zu sein, muss das Radleihsystem attraktiv gestaltet sein. Erforderlich dafür ist ein enges Netz aus Stationen im gesamten Stadtgebiet, an denen die Räder ausgeliehen und wieder abgegeben werden können. Unsere Forderung deshalb: statt wie von der Verwaltung vorgesehen lediglich 60, muss gleich zu Beginn mit 100 Stationen gestartet werden. Außerdem muss das System zu jedem späteren Zeitpunkt problemlos erweiterbar sein. Im Mini-Vorschlag der Verwaltung sollten die Stadtbezirke Hardtberg und Bad Godesberg quasi unberücksichtigt bleiben. Und auch große Teile von Beuel und dem Bonner Norden und Westen gingen nach den bisherigen Planungen der Stadtverwaltung leer aus. Das können und wollen wir so nicht akzeptieren. Deshalb folgen wir hier entsprechenden Beschlüssen der Bezirksvertretungen und sehen jetzt definitiv vor, dass mindestens an allen Bahnhöfen und in allen Ortsteilzentren auch bereits zum Start des Systems Leihstationen eingerichtet werden.

Außerdem muss das System so ausgeschrieben und gestaltet sein, dass es jederzeit um weitere Stationen und zusätzliche Fahrräder und E-Bikes erweitert werden kann und auch jederzeit die Integration weiterer Sponsoren möglich ist.



Projektfaltblatt zum Ausbau der Voreifelbahn
Bonn – Euskirchen



© Bundestadt Bonn

Der Einschätzung von Werner Esser (General-Anzeiger vom 01.07.), das neue Sozialticket (Mobilpass) sei unsozial, muss entschieden widersprochen werden.

Die Kosten für das Viererticket sind für Bonn-Ausweisbesitzer zwar um 10% gestiegen, die für das Monatsticket um 3,6%. Dafür können Mobilpass-Besitzer sich nun ohne zeitliches Limit und über die Stadtgrenzen hinaus bewegen, was vorher nicht möglich war oder ein weiteres Ticket erforderte. Die Benutzerfrequenz ist nach der Umstellung zwar vorläufig um ca. 10% zurückgegangen, die Ersparnis für den städtischen Haushalt durch die Landeszuweisungen beträgt jedoch mehrere hunderttausend Euro jährlich. Da das Jahr 2012 noch nicht abgerechnet ist, haben die Sprecher der SPD im letzten Sozialausschuss auch - in Abwesenheit von Werner Esser - auf eine Bewertung ihrer eigenen großen Anfrage verzichtet

„Durch die eingesparten Mittel können die übrigen sozialen Leistungen des Bonn -Ausweises weiterhin gestemmt werden, es konnte zusätzlich der Mittagstisch in OG-Schulen und Kitas kostenfrei gestellt werden“, sagten die Sozialpolitiker **Prof. Detmar Jobst** (Bündnis 90/Grüne) und **Ingeborg Cziudaj** (CDU).



„Wenn die Mittel für das "Sozialticket" in Bonn nicht auch integriert worden wären, wäre das Geld beim Land geblieben und der gesamte Verkehrsverbund Rhein-Sieg hätte darauf verzichten müssen“, sagt der Landtagsabgeordnete **Rolf Beu** und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion, **Wilfried Reischl**.

„Die Fahrpreise für den verbundweiten Mobilpass wurden im zuständigen Verkehrsverbund VRS/NVR mit den Stimmen der SPD einvernehmlich beschlossen. Obwohl die Empfänger von Sozialleistungen eigentlich landesweit gleich behandelt werden sollten, haben sich die Stadträte in Bonn und Köln entschieden, über den verbundweiten Standard auf Kosten der beiden Kommunen weitere Vergünstigungen anzubieten. Die Städte Bielefeld, Münster, Köln und Bonn wurden bei einer Fachtagung im NRW-Landtag dafür gerade als Vorbild gelobt! Von einem Sozialabbau zu reden, wie Bonner Sozialdemokraten dies tun, ist eine glatte Verdrehung der Tatsachen. Statt an den Bonner Zusatzleistungen rum zu kritisieren, sollten die Genossen lieber die Verantwortlichen in den Landkreisen motivieren, auch die Köln/Bonner Zusatzleistungen zu gewähren, um den besseren Standard auch im gesamten Verbundraum anbieten zu können.“



Weitere Informationen zur Diskussion „Zukunft Bäderlandschaft

- ◆ [Beschlussvorlage für Beratung in den Ratsgremien](#)
- ◆ [Ergebnis der Bürgerbefragung](#)
- ◆ [Ergebnis der Informationsphase](#)



Bericht der WDR Lokalzeit Bonn am 2. Juli 2013

JETZT IN UNSEREM BLOG DISKUTIEREN!

Beschlüsse des Bonner Wirtschaftsausschusses

Der CDU-Obmann Guido Dèus berichtet aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss:

Viktoriaarree: Der Bonner Wirtschaftsausschuss hat mit sehr breiter Mehrheit einen schwarz/grün/roten Änderungsantrag zur Zukunft des Viktoriaareals beschlossen. Endlich besteht Einigkeit die städtebauliche Entwicklung um und im genannten Areal voranzutreiben und nicht auf die lange Bank zu schieben, auch einer großflächigen Einzelhandelsansiedlung hier eine Chance zu geben, sowie die Bedürfnisse der Bonner Uni dabei zu berücksichtigen. Ein hartes Stück Arbeit hat damit erst einmal ein positives Ende gefunden. Nun ist die Verwaltung gefordert die europaweite Ausschreibung vorzubereiten und die politischen Wünsche hierbei weitestgehend zu berücksichtigen, damit wir nach der Sommerpause weiter machen können...



Link: [Der Beschluss im Detail](#)

Rhein in Flammen hat auf der bisherigen Grundlage nun eine Zukunft und Planungssicherheit für weitere 3 Jahre...

Die Verwaltungsvorlage zum "**Masterplan Innere Stadt**" inklusive Projektpriorisierungen und Mittelbeantragungen wurde einstimmig auf den Weg gebracht...

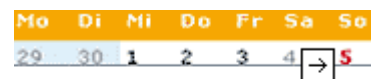
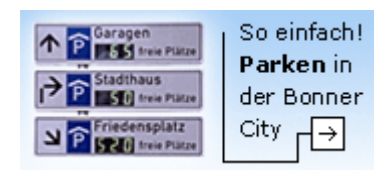
Roaminggebühren im EU-Ausland gesenkt

Seit 1. Juli ist die mobile Internetnutzung mit Handys erneut günstiger. Dann gelten die nochmals gesenkten Tarifobergrenzen für die Mobilfunknutzung im EU-Ausland (Roaming). "Wir wollten mehr Wettbewerb im Markt und dieser ist nun endlich da. Besonders beim mobilen Datendownload waren die Tarife sehr hoch und sachlich überhaupt nicht gerechtfertigt", sagt der **CDU-Europaabgeordnete Axel Voss**.

Die EU-Kommission strebt zudem ein Ende der Roaming-Gebühren bis 2015 an. „Das ist gut so! Die teilweise vollkommen überhöhten Roaming-Gebühren müssen sich deutlich dem mittlerweile geringen technischen Aufwand annähern“, fordert Voss, der die Städte Köln, Bonn und Leverkusen sowie die Kreise Rhein-Sieg und Rhein-Erft im Europäischen Parlament vertritt.



Die Tarife für das mobile Herunterladen von Daten jenseits der Landesgrenze sind seit dem 1. Juli um 25 Cent pro Megabyte günstiger. Statt bisher 0,70 €/MB zuzüglich Mehrwertsteuer darf der neue Tarif künftig nur noch 0,45 €/MB plus Mehrwertsteuer betragen. Eine SMS darf ab Juli 2013 für das Verschicken aus einem anderen EU-Land nur noch maximal 8 Cent plus Mehrwertsteuer kosten. Auch die Gesprächstarife müssen sinken: Ab Juli 2013 darf der Preis für ein angenommenes Telefonat zuzüglich Mehrwertsteuer nur noch 7 Cent pro Minute und für einen selbst getätigten Anruf 24 Cent betragen.



In Bonn ist was los und das 365 Tage im Jahr:
Veranstaltungskalender



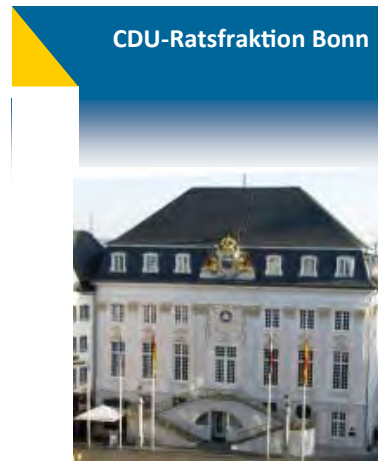
Sind Ihnen die Namen der Bonner CDU-Stadträte bekannt?

Oder kennen Sie gar ihre Gesichter?

Als Stadträte beraten wir Woche für Woche wichtige Fragen, die unter anderem die Zukunft der Bundesstadt Bonn gestalten sollen. Auch Sie als Bürger sind hiervon betroffen. Wir wollen deshalb ganz bewusst den Menschen hinter dem politischen Ehrenamt mit seinen individuellen Fähigkeiten und Interessen zeigen, damit Sie sich ein "Bild" machen können.

Die CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn ist mit **27 Ratsmitgliedern die stärkste Fraktion**. Wir sind bei unserer kommunalpolitischen Arbeit für Bonn auf Ihr Mitwirken angewiesen, damit wir unsere christdemokratischen Vorstellungen verwirklichen können. Und dies immer zum Wohle der Bonner Bürgerinnen und Bürger.

Lernen Sie uns online kennen!



Altes Rathaus am Markt
53111 Bonn
Tel.: 0228 77 3810
Fax: 0228 77 2047

Internet:
www.cduratsfraktion-bonn.de
E-Mail:
cdu.ratsfraktion@bonn.de



Impressum und weitere Informationen

Sie können unseren CDU-Newsletter [hier jederzeit wieder abbestellen](#).

Besuchen Sie auch unser Internetangebot unter www.cduratsfraktion-bonn.de

Dort finden Sie u. a auch alle Informationen zur CDU-Ratsfraktion Bonn und Ihre CDU-Mitglieder.

Sie finden auch thematische Aussagen zu vielen kommunalpolitischen Themen in Bonn.

Wir freuen uns auf ihren Besuch!

Verantwortlich:

Georg Fenninger,
Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion:

Ulrich Fromm,
Fraktionsreferent
und Webmaster

